

## Stellenausschreibungen

Die Landesregierung ist bestrebt, den Anteil der Frauen in allen Positionen in der Landesverwaltung sowie bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften zu erhöhen und fordert deshalb qualifizierte Frauen nachdrücklich auf, sich zu bewerben. Schwerbehinderte Bewerber und Bewerberinnen (m/w/d) werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Wegen der Einzelheiten zum Bewerbungsverfahren wird auf Teil 1 Abschn. 3 der Stellenausschreibungs-AV des MJ vom 21. Juni 2005 (JMBl. LSA S. 221), zuletzt geändert durch AV vom 14. September 2020 (JMBl. LSA S. 99), verwiesen.

Das Referat 304 im Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz ist mit den ministeriellen Aufgaben bei der Planung, Umsetzung und Rechnungslegung der finanzwirksamen Vorhaben des Justizvollzugs, der Aufsicht und Steuerung des Landesbetriebes für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen (LBBG) und dem Controlling des PPP-Projektes JVA Burg befasst.

Zur Unterstützung dieser Aufgaben ist im **Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz** zum nächstmöglichen Zeitpunkt im Referat 304 „Haushalt, Neue Steuerungsmethoden, Gefangenenarbeits- und -bildungswesen, Kassen- und Rechnungswesen, Beschaffungswesen, PPP-Projekt JVA-Burg“ – grundsätzlich auch im Wege der Abordnung mit dem Ziel der Versetzung – ein auch teilzeitgeeigneter Dienstposten

### **für einen Sachbearbeiter oder eine Sachbearbeiterin (m/w/d)**

(bis zur Besoldungsgruppe A 12 oder Entgeltgruppe E 11 TV-L) <sup>1</sup>

in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst), zu besetzen.

Gesucht werden:

1. Beamte oder Beamtinnen (m/w/d) mit der Laufbahnbefähigung für den Rechtspfleger- und Justizverwaltungsdienst oder den allgemeinen Verwaltungsdienst oder
2. Bewerber oder Bewerberinnen (m/w/d) mit abgeschlossenem wissenschaftlichem Hochschulstudium (Bachelor oder gleichwertig) der öffentlichen Verwaltung oder einem vergleichbaren Studiengang oder

---

<sup>1</sup> Bereits verbeamtete Bewerber und Bewerberinnen (m/w/d) können nach ihrer Versetzung im Falle der Bewährung auf diesem Dienstposten nach einer sechsmonatigen Tätigkeit und bei Erfüllung der übrigen laufbahnrechtlichen Voraussetzungen in das nächsthöhere Statusamt befördert werden. Sind die Voraussetzungen noch nicht erfüllt, setzt die Beförderung die spätere erneute Ausschreibung des Statusamtes voraus. Die Übernahme nicht bereits verbeamteter Bewerber und Bewerberinnen (m/w/d) erfolgt im Rahmen des Laufbahnrechts zunächst im Beamtenverhältnis auf Probe im Eingangsamt der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt (Besoldungsgruppe A 9).

3. Beschäftigte mit einem abgeschlossenen Angestellten- oder Beschäftigtenlehrgang II, die eine Tätigkeit im Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz anstreben und Interesse an den Angelegenheiten der Justizverwaltung haben.

Berufserfahrungen oder besondere Kenntnisse im Bereich des kaufmännischen Rechnungswesens, auf dem Gebiet des Haushaltsrechts und in Bezug auf Buchhaltungssoftware (z.B. SAP oder ProFiskal) sind wünschenswert.

Ihr Aufgabengebiet umfasst im Wesentlichen:

1. Sachbearbeitung bei der Aufsicht über den LBBG, insbesondere bei der Aufstellung und Ausführung des Wirtschaftsplans;
2. Sachbearbeitung bei der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans des Justizvollzugs im Vertretungsfall;
3. Unterstützung bei Grundsatz- und Einzelfragen im Bereich der Gefangenenbeschäftigung und -bildung, z.B. Sozialversicherung, Vergütungsfragen, Zahlungsabwicklung, Evaluation der Beschäftigungs- und -bildungsmöglichkeiten;
4. Unterstützung des LBBG bei der Einführung des neuen elektronischen Verfahrens im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen;
5. Sachbearbeitung bei Bewirtschaftungsfragen zum PPP-Projekt JVA Burg und im Rahmen des Controllings dieses Projektes, z.B. Prüfung der Abrechnungsunterlagen; Zahlungsabwicklung; Prüfung von Preisanpassungsbegehren.

Dazu bestehen folgende Voraussetzungen:

1. sicherer Umgang mit der PC-Standardsoftware, möglichst vertiefte Kenntnisse in Microsoft Excel;
2. Bereitschaft zur Fortbildung;
3. Teamfähigkeit;
4. eigenverantwortliches und selbständiges Arbeiten;
5. Kommunikationsfähigkeit, sicheres Auftreten und Durchsetzungsvermögen;
6. gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen.

Es wird darauf hingewiesen, dass Bewerbungs- und Vorstellungskosten vom Land Sachsen-Anhalt nicht erstattet werden können.

Bewerbungen sind bis zum 8. August 2024 an das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt, Referat PM1, Domplatz 2 - 4, 39104 Magdeburg, zu richten. Für weitere Auskünfte insbesondere zu den Aufgabengebieten steht Ihnen der Referatsleiter des Referates 304, Herr Dr. Carsten Oehme, unter der

Telefonnummer 0391 567-6065 zur Verfügung. Organisatorische Fragen werden durch die Referatsleiterin des Referates PM1, Frau Richter am Oberverwaltungsgericht Julia Zirzlaff, unter der Telefonnummer 0391 567-6229 beantwortet.